

Nr.	Antragstellerin/nen	ÄA	Verfahren
L-01-002	Anna Hoppenau u.a. (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 2 bis 4 löschen:</p> <p>In Berlin leben viele Kinder. Gleichzeitig treffen hier viele Kulturen, Traditionen und Lebensentwürfe aufeinander. Das zusammen macht uns zu einer besonders lebhaften und vielfältigen Stadt, in der ganz unterschiedliche Familienformen ihren Platz gefunden haben.</p> <p>In Zeile 2 einfügen: In Berlin leben viele Kinder in den unterschiedlichsten Familienformen.</p>	Übernahme
L-01-017	Anna Hoppenau (KV Neukölln)	<p>In Zeile 17 einfügen:</p> <p>alleinerziehende Mütter häufig gegen Vorurteile und Herabwürdigung aufgrund sexistischer Diskriminierung: auf Ämtern, im Beruf, in</p>	Übernahme
L-01-056	Lisa Paus (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>Von Zeile 56 bis 62:</p> <p>im Mittelpunkt stehen. Das paritätische Wechselmodell (50/50) mag für vieleeinige Eltern eine mögliche und gute Lösung sein. Für Kinder ist dieses Modell häufig mit besonderen Belastungen verbunden (z.B.:PendelnEs muss berücksichtigt werden, dass von einem Kind, das zwischen verschiedenen Wohnungen, Konfrontationden Haushalten seiner Eltern pendelt, eine enorme Anpassungsleistung verlangt wird. Das Kind muss beispielsweise mit unterschiedlichen Erziehungsstilen der Organisation seines Alltags in zwei verschiedenen Haushalten klarkommen und finanziellen Möglichkeiten)immer genau im Voraus planen, welche Dinge es in welcher Woche benötigt. DeshalbWir lehnen wir die Einführung eines bestimmten Betreuungsmodells als gesetzlichen Regelfall nach wie vor ab. Hier muss weiterhin imDie Orientierung am Einzelfall entschieden darf nicht aufgegeben werden. Denn sonst bestünde die Gefahr, dass Entscheidungen zur Betreuung eines Kindes nicht mehr kindeswohlerorientiert sind, sondern Elternrechte im Vordergrund stehen. Es darf aber nicht darum gehen, ein Kind gleich zwischen den Eltern zu verteilen, sondern die beste Lösung für das betroffene Kind zu finden. Zudem wollen wir den Mehrbedarf für die Ausübung des Umgangs sowohl im SGB II als auch steuerlich berücksichtigen. Die grüne Kindergrundsicherung würde auch nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Damit stärken wir Kinder und verschaffen ihnen mehr Sicherheit in ihren Beziehungen zu ihren Müttern und VäternEltern – auch</p>	Übernahme
L-01-115	Julia Maria Sonnenburg (LAG Frauen* und Gender) u.a.	<p>In Zeile 115 einfügen:</p> <p>ist darauf noch nicht ausreichend eingestellt.</p> <p>Sämtliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden sollen nicht aus Mitteln finanziert werden, die für Gleichstellungsarbeit vorgesehen sind, sondern sollen im Familienressort verortet werden.</p>	mod Ü: einfügen nach Zeile 127: Sämtliche genannte Maßnahmen sollen aus Mitteln des Familienressorts finanziert werden.

L-01-165	Vivian Weitzl (KV Neukölln) u.a.	<p>Nach Zeile 165 einfügen:</p> <p><u>Wir Grüne müssen uns für eine neue Perspektive auf Zeit einsetzen, in welcher Lohnarbeit und Carearbeit, Ehrenamt und Freizeit konsequent zusammengedacht werden. Erst durch eine Umwertung von Zeit und der Aufgaben, die diese Zeit anfüllen, können wir den individuellen Lebensgestaltungen in ihrer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung gerecht werden. Dies trifft im Besonderen Alleinerziehende, die oftmals vor großen Herausforderungen der Vereinbarkeit ihrer Lohnarbeit mit anderen Verpflichtungen stehen. Alleinerziehende haben häufig unsichere Beschäftigungsverhältnisse, ein geringeres Haushaltseinkommen und kämpfen mit Vereinbarkeits- und Zeitproblemen. Führungspositionen sollten vermehrt auch in Teilzeit möglich sein, Doppelspitzen können hierbei eine von unterschiedlichen modernen Formen sein. Ob Teilzeit oder Vollzeit - erst eine echte Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Formen der Lohnarbeit und Erleichterungen durch Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten und Homeoffice schaffen die Grundvoraussetzungen um Familie und Beruf auch für Alleinerziehende vereinbar zu machen.</u></p>	Übernahme
L-01-169	Vivian Weitzl (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 169 bis 172:</p> <p>Aber auch nach Abschluss der beruflichen Qualifizierung sind Alleinerziehende <u>derzeit</u> häufig darauf angewiesen, in Teilzeit erwerbstätig zu sein. Anders lassen sich Familie und Beruf oft nicht vereinbaren, denn <u>es mangelt oftmals an Betreuungsangeboten für Kinder und individuell gestaltbaren Arbeitszeiten für Eltern</u>. Familien brauchen auch Zeit miteinander. Deshalb benötigen wir hier generell mehr Teilzeitangeboten moderne Arbeitszeitangebote, welche die Flexibilität zulässt, die Familien benötigen. Führungspositionen in Teilzeit, Jobsharing und Doppelspitzen können <u>Alternativen zu klassischen Vollzeitmodellen bieten. Die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfen sich aber nicht nur auf Führungspersonal erstrecken, denn Zeit ist für jede*n wertvoll. Grüne Zeitpolitik hat den Anspruch und die klare Zielsetzung, dass sie bei allen gesellschaftlichen Gruppen ankommt.</u> Arbeitgeber*innen sollten davor nicht zurückschrecken, denn</p>	modifizierte Übernahme: Am Ende der Einfügung ergänzen. Dabei ist darauf zu achten, dass sämtliche Arbeitszeitangebote tatsächlich zur Entlastung von Familien und nicht zu Entgrenzung von Arbeitzeit führen.
L-01-171	Vivian Weitzl (KV Neukölln) u.a.	<p>Von Zeile 171 bis 173:</p> <p>vereinbaren, denn Familien brauchen auch Zeit miteinander. Deshalb benötigen wir hier generell mehr Teilzeitangebote. Arbeitgeber*innen sollten davor nicht zurückschrecken, denn Alleinerziehende sind in der Regel besonders motiviert. Deshalb benötigen wir hier generell mehr Teilzeitangebote.</p>	Übernahme
V-01: Gerech tere politisc he Teilhab e			

V-01-030	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>Von Zeile 30 bis 34 löschen:</p> <p>Die Kurzumfrage der AG Mehrsprachigkeit des Landesverbandes Bündnis 90/Die Grünen Berlin unter Kreisverbänden und Gliederungen hat ergeben, dass es innerhalb der Bündnisgrünen Berlin den breiten Wunsch nach mehr mehrsprachigen Materialien und Angeboten gibt. Dabei erscheint die Koordinierung und Bündelung von Bemühungen auf Landesebene sinnvoll und notwendig.</p>	Übernahme
V-01-048	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>Von Zeile 48 bis 64:</p> <p>Die Umsetzung der Mehrsprachigkeit in der Landesgeschäftsstelle mit entsprechenden Kapazitäten zu verankern. Zunächst kann dort ehrenamtliche Übersetzung durch grüne Mitglieder koordiniert werden und dabei auf den Aufbau einer ehrenamtlichen Mehrsprachigkeits-Datenbank der AG Mehrsprachigkeit angeknüpft werden. Ebenso wie bei Texten auf Deutsch die Qualität aller Inhalte in anderen Sprachen bestmöglich sicherzustellen, z.B. indem mehrere sprachkundige Personen diese jeweils prüfen. Zeitnah zu prüfen und sich dafür einzusetzen, Mittel aus dem Haushalt des Landesverbandes für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Übersetzungen bereit zu stellen und langfristig zu prüfen, inwiefern Gelder für professionelle Übersetzungen und leichte Sprache eingestellt werden können. Nicht nur bei Inhalten, sondern auch bei (Veranstaltungs-) Formaten zu prüfen, inwiefern mehrsprachige Zugänge ermöglicht werden können und dafür mit engagierten Mitgliedern mit mehrsprachiger Kompetenzen zusammen zu arbeiten. Neuentreffen oder Stammtische könnten beispielsweise auch in den in Berlin am häufigsten gesprochenen Sprachen abgehalten werden, bei Konferenzen und Parteitage könnten mehrsprachige Übersetzungen ermöglicht werden.</p> <p><u>Zu prüfen, aus welchem Haushaltstitel Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können, um die genannten mehrsprachigen Angebote zur Verfügung zu stellen.</u></p> <p><u>Um eine Vernetzung in die unterschiedlichen Communities zu gewährleisten, langfristig darauf hinzuwirken, dass Stammtische in verschiedenen Sprachen entstehen. Dafür kann beispielsweise eine zentrale Kickoff-Veranstaltung vom Landesverband organisiert werden, in deren Folge sich eigenverantwortlich einzelne Stammtische etablieren, deren Aktive auch bei Veranstaltungen die Teilhabe von Menschen ermöglichen, die eine andere Sprache sprechen.</u></p>	<p>Zeile 48 bis 64: Übernahme von "Zu prüfen, aus welchem Haushaltstitel Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können, um die genannten mehrsprachigen Angebote zur Verfügung zu stellen."</p> <p>Danach mod. Ü: Nicht nur bei Inhalten, sondern auch bei (Veranstaltungs-)formaten zu prüfen, inwiefern mehrsprachige Zugänge ermöglicht werden können. So sollte zum Beispiel langfristig darauf hingewirkt werden, dass Stammtische in verschiedenen Sprachen entstehen. Dafür kann beispielsweise eine zentrale Kickoff-Veranstaltung vom Landesverband organisiert werden, in deren Folge sich eigenverantwortlich einzelne Stammtische etablieren.</p>
Fortsetzung V-01-048		<p>Von Zeile 69 bis 70:</p> <p>Die Bemühungen für Mehrsprachigkeit sollten mit den Bemühungen für diskriminierungssensiblere Sprache Hand in Hand gehen.</p> <p><u>Materialien nicht nur mehrsprachig zur Verfügung zu stellen, sondern auch darauf zu achten, dass eine diskriminierungssensiblere Sprache genutzt wird.</u></p> <p>Von Zeile 73 bis 77:</p> <p>Sprachkompetenz kommt. Daher sollen in <u>entsprechenden mehrsprachigen</u> Flyern immer <u>möglichst</u> mehrere Sprachen verwendet werden. <u>Im wie beispielsweise im KV Neukölln wurden gute Erfahrungen damit gemacht, innerhalb eines Flyers, wo mehrsprachige Flyer</u> einen Basistext auf Deutsch bzw. Englisch <u>zu verfassen</u> und kürzere Texte in weiteren Sprachen. <u>Die längeren enthielten und längere</u> Versionen in den anderen Sprachen <u>wurden</u> auf dem Flyer verlinkt <u>wurden</u>.</p> <p>Von Zeile 83 bis 84:</p> <p>Dem Diversity-Rat jährlich <u>einen Bericht</u> über die Umsetzung der Mehrsprachigkeits-Bemühungen auf Landesebene <u>vorzulegen zu berichten</u>.</p>	<p>Zeile 69 bis 70: Modifizierte Übernahme: "Die Bemühungen für Mehrsprachigkeit mit den Bemühungen für diskriminierungssensible Sprache zu verzahnen",</p> <p>Zeile 73 bis 77: modifizierte Übernahme: Text wie im Änderungsantrag übernommen, außer "Daher sollen in den betreffenden Flyern möglichst mehrere Sprachen...",</p> <p>Zeile 83 bis 84: Übernahme</p>

V-02: Klimagerechtigkeit jetzt			
V-02-01	LaVo-Frauen	Ersetze den Antragstitel durch "Klimagerechtigkeit jetzt - Klimanotstand in Berlin!"	Übernahme
V-02-016	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019) (LaVo)	<p>Von Zeile 16 bis 29:</p> <p>Um den Begriff Klimanotstand gibt es nachvollziehbar eine Debatte. Es geht darum, dass der Begriff Notstand in Deutschland bereits juristisch festgelegt ist und Regierungen die Möglichkeit gibt, die Gesellschaft von politischen Entscheidungsprozessen auszuschließen. Wir Grüne kritisieren zu Recht diese Maßnahme des Notstandes und machen uns für die Beteiligung verschiedenster Gruppen stark. Beim Klimanotstand geht es jedoch eher darum, dass alle anerkennen, dass Klimagerechtigkeit in allen Politikfeldern höchste Priorität haben muss. Die Gesellschaft soll nicht in ihren Rechten eingeschränkt, sondern aktiv mitgenommen werden. Wer meint, die Klimakrise könnte alleine durch politische Entscheidung ohne Unterstützung der Gesellschaft eingedämmt werden, hat das Ausmaß unserer aktuellen Situation nicht verstanden. Die tiefgreifende Veränderung unserer Lebensweise, der es bedarf, um eine klimagerechtere Welt zu schaffen, ist ohne den Rückhalt der Gesellschaft nicht zu schaffen. Bisher tun sich viele Grüne auch schwer mit dem Begriff, weil er suggeriert, die Klimakrise wäre nicht mehr aufzuhalten und man könnte ohnehin nichts gegen sie unternehmen. <u>Beim Klimanotstand geht es darum die Realität beim Namen zu nennen und an zu erkenne, dass Klimagerechtigkeit in allen Politikfeldern höchste Priorität haben muss. Die Gesellschaft soll nicht in ihren Rechten eingeschränkt, sondern aktiv mitgenommen werden. Wer meint, die Klimakrise könnte alleine durch politische Entscheidung ohne Unterstützung der Gesellschaft eingedämmt werden, hat das Ausmaß unserer aktuellen Situation nicht verstanden. Die tiefgreifende Veränderung unserer Lebensweise, der es bedarf, um eine klimagerechtere Welt zu schaffen, ist ohne den Rückhalt der Gesellschaft nicht zu schaffen.</u> Wir verstehen die Ausrufung des Klimanotstands als</p>	Mod. Übernahme: Beim Klimanotstand geht es uns darum, die Realität beim Namen zu nennen und anzuerkennen, dass Klimagerechtigkeit in allen Politikfeldern höchste Priorität haben muss. Der Begriff Notstand ist in Deutschland juristisch festgelegt und gibt normalerweise Regierungen die Möglichkeit, die Gesellschaft von politischen Entscheidungsprozessen auszuschließen. Im Gegensatz dazu soll beim Klimanotstand die Gesellschaft nicht in ihren Rechten eingeschränkt, sondern aktiv mitgenommen werden. Wer meint, die Klimakrise könnte alleine durch politische Entscheidung ohne Unterstützung der Gesellschaft eingedämmt werden, hat das Ausmaß unserer aktuellen Situation nicht verstanden. Die tiefgreifende Veränderung unserer Lebensweise, der es bedarf, um eine klimagerechte Welt zu schaffen, ist ohne den Rückhalt der Gesellschaft nicht zu schaffen.
V-02-036	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019) (LaVo)	<p>In Zeile 36:</p> <p>schwächer ausgestattete Menschen an vielbefahrenen Straßen oder in energetisch nicht <u>schlecht</u></p>	Übernahme
V-02-044	Klara Schedlich (KV Pankow)	<p>Einfügen nach Zeile 43:</p> <p>Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!</p> <p>Die Klimakrise geht uns alle an, aber manche Menschen sind und werden vom Klimawandel stärker betroffen sein als andere. Durch die Klimakrise werden bestehende soziale Ungerechtigkeiten wie Sexismus oder Rassismus noch verstärkt. Von Umweltkatastrophen sind Frauen* stärker betroffen, weil sie zum Beispiel nicht schwimmen gelernt haben, sie sich im Gegensatz zu den Männern Zuhause aufhalten, wo es keine Frühwarnsysteme gibt oder sie zusätzlich für Kinder oder älteren Verwandte verantwortlich sind. Frauen* haben oft geringere CO2-Fußabdrücke als Männer, wenn sie sich aufgrund geringerer finanzieller Möglichkeiten zum Beispiel kein Auto leisten können. Diese ungerechten Verhältnisse wollen wir beenden. Deshalb sprechen wir auf unserer Frauen*Vollversammlung unsere Solidarität mit Frauen* weltweit aus und verdeutlichen damit, dass Feminismus und Klimagerechtigkeit zusammen gedacht werden müssen.</p>	Übernahme

V-02-045	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>Von Zeile 45 bis 50:</p> <p>Höchstes Ziel muss es sein, das 1,5 Grad Ziel, auf das sich bei der Klimakonferenz 2015 in Paris geeinigt wurde, einzuhalten. Im Koalitionsvertrag wurde sich geeinigt, die Berliner Klimaziele an die von Paris anzugleichen. Diese Vereinbarung muss schnellst möglich umgesetzt werden. Um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müssen wir uns jetzt überlegen, wie wir bis 2030 unsere Treibhausgasemissionen auf ein Netto 0 reduzieren, unsere Stadt möglichst autofrei machen oder die Energiewende weg von fossilen Energieträgern schaffen.</p> <p><u>Für uns ist zentral, die ambitionierten Ziele, die auf der Pariser Klimakonferenz gesetzt wurden auch zu erreichen. Entscheidender als die Diskussion um Zielzahlen oder Zieljahre ist es, nun schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, damit Berlin schnellstmöglich seine Treibhausgasemissionen auf ein Netto 0 reduziert, die Verkehrswende gelingt und wir aus der Kohle aussteigen.</u></p>	<p>Mod Ü: Von Zeile 45 bis 50:</p> <p>Höchstes Ziel muss es sein, das 1,5 Grad Ziel, auf das sich bei der Klimakonferenz 2015 in Paris geeinigt wurde, einzuhalten. Im Koalitionsvertrag wurde sich geeinigt, die Berliner Klimaziele an die von Paris anzugleichen. Diese Vereinbarung muss schnellst möglich umgesetzt werden. Um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müssen wir uns jetzt überlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit Berlin schnellstmöglich seine Treibhausgasemissionen auf ein Netto 0 reduziert, die Verkehrswende gelingt und wir aus der Kohle aussteigen.</p>
V-02-063	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>Von Zeile 63 bis 64:</p> <p>4. Um das Ziel von Netto 0 bis 2030 zu erreichen, müssen die Zahlen für die Treibhausgasemissionen für verschiedene Sektoren 4. <u>Die Zahlen für die Treibhausgasemissionen für verschiedene Sektoren müssen</u> vollständig erfasst und veröffentlicht werden.</p>	Übernahme
V-02-070	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>In Zeile 70:</p> <p>ausschließlich erneuerbaren Strom <u>erneuerbare Energie</u> produziert. Die Gespräche zwischen den beiden Ländern</p>	Übernahme
V-02-073	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>Von Zeile 73 bis 74 löschen:</p> <p>6. Klimaschutz und Sozialverträglichkeit müssen zusammen gedacht werden. Das Land Berlin soll dazu ein Förderprogramm einführen.</p>	mod Ü nach Zeile 43: 6. Klimaschutz und Sozialverträglichkeit müssen zusammen gedacht werden.
V-02-078	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>Von Zeile 78 bis 79:</p> <p>sowie mehrsprachig zugänglich sein. Außerdem soll die Senatsverwaltung für Umwelt und, Verkehr <u>und Klimaschutz</u> in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie damit</p>	Übernahme

V-04: Wenn der Vater die Mutter schlägt , trifft er das Kind			
V-04-001	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Neuer Titel: Kinderrechte in familiengerichtlichen Verfahren stärken</p> <p>In Zeile 1 löschen: Wenn der Vater die Mutter schlägt, trifft er das Kind</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-005	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>In Zeile 5: es geschultes Personal in der Administration den Jugendämtern und bei den Familiengerichten.</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-006	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>In Zeile 6 löschen: 9 von 10 Übergriffen geschehen vor den Augen der Kinder</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-007	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 7 bis 12 löschen: In der Mehrheit aller Fälle von häuslicher Gewalt die vom Vater ausgeht, werden die Kinder direkte Zeugen von dem was passiert. Besonders verheerend ist, dass diese Tatsache wiederum vom Täter instrumentalisiert wird, um den Kindern ein Schweigegebot aufzuerlegen. So wird Kindern häufig angedroht, dass Ihnen das gleiche passiert wie der Mutter, wenn sie jemandem davon erzählen. Viele gewalttätige Väter halten den Kindern den Mund zu, so dass sie keine Luft mehr bekommen, wenn sie anfangen zu schreien.</p>	erledigt durch V-04-neu

V-04-013	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>In Zeile 13 löschen:</p> <p>Tabuisierung und „Neutralität“ schützen die Täter</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-014	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 14 bis 23 löschen:</p> <p>Auch wenn gerade in den öffentlichen Einrichtungen die Pädagoginnen mit als erste bemerken, wenn ein Kind sich auffällig verhält um auf seine Notsituation aufmerksam zu machen, sehen sich Lehrer*innen und Erzieher*innen oft nicht in der Lage adäquat zu handeln. Diese Problematik entsteht in besonderer Weise, wenn die Mutter die Trennung vom Vater der betroffenen Kinder bereits vollzogen hat. Viele Männer werden gerade dann besonders aggressiv. Kinder, die bis dahin noch nicht das unmittelbare Ziel von gewalttätigen Handlungen waren, sind in dieser Zeit besonders gefährdet. Lehrkräfte scheuen sich in vielen Fällen eine eindeutige Position zu beziehen, da sie nicht „zwischen den Stühlen“ stehen wollen. So wird häusliche Gewalt von öffentlicher Seite her immer wieder zu einem „Elternkonflikt“ degradiert und dadurch die Notlage der Kinder bagatellisiert.</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-024	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>In Zeile 24 löschen:</p> <p>Unterstützung von Müttern ist aktiver Kinderschutz</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-025	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 25 bis 39 löschen:</p> <p>Wenn Mütter in einer solch hochgradigen Belastungssituation es schaffen zu fliehen, besteht in diesem Moment bei der Mutter und den Kindern ein enormes Bedürfnis nach einem geschützten Raum. Dieser ist gleichermaßen wichtig - unabhängig davon, ob die Mutter, die Kinder oder die Mutter und die Kinder einer oder mehreren Formen von körperlicher und psychischer Gewalt durch den Vater der Kinder ausgesetzt waren oder sind. Ein weiteres Problem taucht in diesem Zusammenhang auf, durch die bestehenden Regelungen im Sorge- und Umgangsrecht. Denn laut Kindschaftsrecht haben verheiratete Paare das gemeinsame Sorgerecht für ihre Kinder. Dieses besteht auch nach der Trennung. Viele Gerichte entziehen dem Vater auch dann nicht das Sorgerecht, wenn er die Mutter misshandelt hat. Im Gegenteil: insbesondere in den letzten Jahren ist zu beobachten, dass seitens der Gerichte immer wieder von betroffenen Müttern erwartet wird, die Gewalt die vom Ex-Partner ausgeht als das Problem der Frau und unabhängig vom Kindeswohl zu betrachten. So werden die betroffenen Frauen in eine nahezu ausweglose Situation gedrängt. Dies geschieht, weil das Recht aufgrund von Unkenntnis falsch angewendet und ausgelegt wird und Familienrichter*innen nicht für den adäquaten Umgang mit häuslicher Gewalt und Kindesmissbrauch ausgebildet sind.</p>	erledigt durch V-04-neu

V-04-040	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>In Zeile 40 löschen:</p> <p>Prioritäten richtig setzen</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-041	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 41 bis 53 löschen:</p> <p>Vielen Mitarbeitern in Jugendämtern fehlt es an der Sensibilität für die nötige Konsequenz, die für den erfolgreichen und nachhaltigen Schutz von Kindern unabdingbar ist. Für viele ist der Erhalt der Familie, auch der gewalttätigen, das oberste Ziel. Dem Recht des Vaters auf Umgang mit den Kindern wird höchste Priorität eingeräumt. Dabei weisen Fachleute stets darauf hin, dass dem gegenüber der Wunsch des Kindes den eigenen Vater zu sehen, ganz unterschiedlich motiviert sein kann, wenn Gewalt mit im Spiel ist. So fühlen sich Kinder dem Vater gegenüber verantwortlich. Sie versuchen dies zu kommunizieren indem sie beispielsweise äußern „ich will gucken, wie es meinem Papa geht.“ Aus solchen Äußerungen werden von Jugendamtsmitarbeitern irrtümlicherweise weitergehende Vermutungen abgeleitet und in Schriftform zur Akte gereicht. Dort steht dann „das Kind liebt seinen Vater“, egal was ihm durch diesen widerfahren ist. Der von Fachleuten empfohlene Abstand zum Täter von mindestens sechs Wochen bis drei Monaten stellt in der heutigen familiengerichtlichen Praxis leider die Ausnahme dar.</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-054	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>In Zeile 54 löschen:</p> <p>Damit aus Opfern von Heute keine Täter von morgen werden</p>	erledigt durch V-04-neu
V-04-055	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 55 bis 65 löschen:</p> <p>Wenn die Mutter den misshandelnden Vater verlässt, müssen Schutz und Hilfe für sie und die Kinder verlässlich garantiert sein. Nur so wird den Kindern klar, dass sie sich gegen Gewalt wehren können. In den Mühlen zwischen unzureichend ausgebildeten Familienrichter*innen, jungen Verfahrensbeistand*innen und weiteren Mitarbeitern der involvierten Behörden, wird von den betroffenen Müttern erwartet, dass sie in erster Linie das Gewaltpotentials des Vaters mit entschärfen sollen. Dabei ist es zum Überwinden von Gewaltsituationen in der Biografie unerlässlich sich vollständig aus dem Opfer - Täter Kontext herauszulösen. Wenn das nicht geschieht, hat das ganz massive Folgen für die Kinder. Diese geben unter Umständen das Problem an die nächste Generation weiter. So zeigen Untersuchungen, dass die Tochter eines gewalttätigen Vaters sich als Frau oft gewalttätige Männer suchen. Die Söhne wiederum misshandeln später häufig selber Frauen und Kinder.</p>	erledigt durch V-04-neu

V-04-079	Petra Vandrey (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Nach Zeile 79 einfügen:</p> <p><u>Die Rechtsstellung von Kindern in familiengerichtlichen Verfahren erfährt auf politischer Ebene, in juristischen Fachkreisen und in der Kinder- und Jugendhilfe eine immer größere Aufmerksamkeit. Dies betrifft sowohl Sorge- und Umgangsverfahren wie auch Kinderschutzverfahren. Es geht dabei um die Frage, wie die besonderen psychischen und emotionalen Bedürfnisse von Kindern ihrem jeweiligen Alter entsprechend zum Maßstab für das Handeln aller Beteiligten gemacht werden kann (Familienrichter*innen, Rechtsanwälte*innen, Verfahrensbeistände, Jugendämter). Praxiserfahrungen und Forschungen zeigen, dass rechtliche und organisatorische Bedingungen verbessert werden müssen, damit in gerichtlichen Verfahren, in denen es um Kinder geht, vom Kind aus gedacht wird.</u></p> <p>1. Qualifikation der Familienrichter*innen</p> <p><u>Familienrichter*innen tragen eine hohe Verantwortung in oft hochkonflikthaften Sorge- und Umgangsstreitigkeiten sowie komplexen Kinderschutzverfahren. Sie brauchen neben familienrechtlichen Kenntnissen Querschnittskompetenzen im kommunikativen und analytisch-diagnostischen Bereich. Um die häufig widersprüchlichen Informationen und Stellungnahmen in solchen Verfahren einordnen zu können, sind weitere Qualifikationen erforderlich. Dazu gehören rechtliche Kenntnisse im SGB VIII ebenso wie grundlegende Kenntnisse des Systems der Kinder- und Jugendhilfe, der Abläufe im Jugendamt und Kenntnisse hinsichtlich der Entwicklung von Kindern, Bindungs- und Familiendynamiken.</u></p>	erledigt durch V-04-neu
V-05:	Gendergerechtigkeit auch für Führungspositionen		
V-05-012	Anna Hoppenau u.a. (KV Neukölln) (KV Neukölln)	<p>In Zeile 12 einfügen:</p> <p>von vorne herein benachteiligt werden. <u>Um nicht nur privilegierte Frauen zu fördern, muss eine gerechte Frauenförderung intersektional ausgerichtet sein.</u></p>	Übernahme
V-06:	„Feminismus ist Handarbeit!“		

V-07: Für ein uneing eschrä nktes Recht auf körperl iche Selbst bestim mung (von:			
V-08: Mehr KI, wenige r Diskri minier ung!			
V-08- 012	Vivian Weitzl, Anna Hoppenau , Miriam Siemon, Julia Maria Sonnenbu rg (KV Neukölln, LAG Frauen* und Gender)	In Zeile 12: objektiv machtkritisch wie möglich zu programmieren.	Übernahme

V-08-024	Vivian Weitzl, Anna Hoppenau, Miriam Siemon, Julia Maria Sonnenburg (KV Neukölln, LAG Frauen* und Gender)	<p>In Zeile 24 einfügen:</p> <p>ihre Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar machen. Diese Qualitätsstandards müssen fortlaufend beobachtet, evaluiert und optimiert werden. Dabei soll ein Fokus auf die</p>	Übernahme
V-09: Optimierung einer Organisationsstruktur (von: Johanna Mellentin, u.a. (KV Kreisfreii))			
V-09-028	LaVo-Frauen (beschlossen am: 04.09.2019)	<p>In Zeile 28 einfügen:</p> <p>Ansicht, dass wir als Partei Folgendes sicherstellen müssen und fordern den Landesverband auch auf, sich beim Bundesverband dafür einzusetzen, dass er die entsprechenden Maßnahmen, die die Bundesebene betreffen, veranlasst:</p>	Übernahme

V-10: Einrichtung einer Pol*innen- Beauftragten (von: Anna Czechowska (KV Mitte))		Zurückgezogen
---	--	---------------